

Günter Nooke

- (A) billiger wäre, die Baustelle komplett zu schließen und das Geld, das sie an jedem Tag kostet, zu sparen.

Dabei müsste die **Gedenkstätten- und Erinnerungskultur** längst ein wichtiges Thema für uns sein. Hier habe ich immer die konstruktive Mitarbeit der CDU/CSU-Fraktion angeboten. Zum Beispiel ist jetzt die Gedenkstätte „Mittelbau Dora“ in den Haushalt eingestellt. Die Gedenkstätte in allen Ehren, aber warum wird sie plötzlich vom Bund finanziert? Welches Kriterium gilt für den Mittelbau Dora, das für Bautzen nicht gilt?

Ich meine damit auch Folgendes: Der Bund muss sich nicht nur der **NS-Zeit**, sondern auch der **SED-Diktatur** annehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die von Ihnen angesprochenen Themen haben dies wieder deutlich gemacht. Es darf nicht der Eindruck entstehen, die NS-Zeit sei für die Koalition geschichtspolitisch wichtig und deshalb eine Angelegenheit des Bundes, während die SED-Zeit nicht Teil gesamtdeutscher Geschichte sei und daher bei den neuen Bundesländern angesiedelt bleiben könne. Deutschland hat bei dem Thema Diktaturgeschichte eine größere Verantwortung, aber ich will jetzt gar nicht die Summen, die wir im Zusammenhang mit der „Topographie des Terrors“ diskutieren und die wir für die Normannenstraße oder für Hohenschönhausen bräuchten, gegenüberstellen.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit eine konkrete Frage zum Haushalt 2003 stellen: Wo ist eigentlich der Haushaltsansatz für die anstehenden Feierlichkeiten anlässlich des besonderen Gedenkens zum **50. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni**? Ich sehe nichts. Auch das zeigt, wie einseitig Sie Ihre Gedenkstättenpolitik betreiben.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nun noch ein Wort zum FDP-Antrag, in dem es um die Mittel für die **Kultur in den neuen Ländern** geht. Das haben Sie dankenswerterweise angesprochen. Ich stimme mit Ihnen überein, dass manches Geld, das dort ausgegeben wurde, vielleicht sinnvoller war als so manche Wirtschaftsförderung in Gewerbegebieten, die nicht genutzt werden. Insofern lautet meine Frage: Warum sprechen Sie davon, dass dafür Gelder zur Verfügung stehen, wenn der Etat um 10 Millionen Euro gekürzt worden ist? Den Mut, ihren eigenen Antrag auf Aufstockung der Mittel auch im Haushaltsausschuss zu stellen, den jetzt die FDP gestellt hat, hatten die Kollegen von der Koalition nicht. Das ist politisch furchtbar unglaubwürdig und für die Förderung der Kultur in den neuen Ländern einfach furchtbar. Wir haben jetzt die Chance, es gemeinsam besser zu machen. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Koalition, nutzen Sie die einmalige Chance, diesem Antrag mit uns und der FDP gemeinsam zuzustimmen und damit etwas für die Kulturförderung in den neuen Ländern zu tun.

Zum Schluss: Die Verunsicherung bei den Kulturschaffenden ist groß und wächst mit diesem Haushalt leider auch weiter. Erst steht die Spendenabzugsfähigkeit zur Disposition, dann der ermäßigte Mehrwertsteuersatz. Mit dem Steuervergünstigungsabbaugesetz, dessen Titel

übrigens schon die Kulturverträglichkeitsprüfung nicht hätte überstehen dürfen, (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

geschweige denn sein Inhalt, wäre auch dem Handel mit Kulturgütern insgesamt ein Bärendienst erwiesen worden. Schon in diesem Gesetzesvorhaben sind mehr kulturunverträgliche Sachverhalte versteckt, als ein Staatsminister oder eine Staatsministerin für Kultur in einer vollen Legislaturperiode wiedergutmachen könnte. Mit Geld allein ist das nicht zu schaffen.

Weil das so ist, hat Ihnen, verehrte Frau Staatsministerin, die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag schon zu Ihrem Amtsantritt konstruktive Mitarbeit angeboten. Ich wiederhole das Angebot ausdrücklich, aber irgendwann muss Schluss sein,

(Franz Müntefering [SPD]: Stimmt, es muss Schluss sein!)

wenn Sie nicht bereit sind, darauf einzugehen. Es könnte helfen, eklatante Fehlentscheidungen, wie sie hier auch jetzt wieder getroffen wurden, zu vermeiden, und es könnte mehr konzeptionelle Verlässlichkeit in die Debatte bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Danke, dass Sie hier zumindest dafür gesorgt haben, dass wir heute über Kultur reden konnten, aber wir müssen mehr daraus machen. Frau Staatsministerin, das war heute zu wenig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Gute Rede!)

(D)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Petra Merkel von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Petra-Evelyne Merkel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe Kultur als Mittel, Bindung und Verbindung zu schaffen. Ich glaube, dass das in der Situation, in der wir uns im Augenblick befinden, ein ganz wesentlicher Vorteil von Kultur ist, den wir auch weiterhin fördern müssen.

Ich bin davon überzeugt, dass **Kultur als Bindung und Verbindung zwischen Menschen und Völkern** unter der rot-grünen Regierung in Berlin eine erhebliche Stärkung erfahren hat,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

weil die Kultur durch die Anbindung der Kulturpolitik im Bundeskanzleramt an die höchste Stelle angegliedert wurde.

Mit Frau Dr. Christina Weiss hat die bundesdeutsche Kulturlandschaft eine Streiterin und Mitstreiterin

Petra-Evelyne Merkel

- (A) gewonnen. Ich freue mich, dass ich als neue Abgeordnete mit Ihnen arbeiten kann, und bin sicher, dass der Kulturbereich von Ihrer Energie, Feinsinnigkeit und Durchsetzungsfähigkeit profitieren wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Bindungen und Verbindungen brauchen wir in unserem Land und für unser Land. Hätten wir die **Bundeskulturstiftung**, die erstmalig 1973 von Willy Brandt – der eine Anregung von Günter Grass aufnahm – vorgeschlagen wurde, nicht Anfang 2002 gegründet, müssten wir sie jetzt erfinden. Ich weiß, Herr Kampeter war damals überhaupt nicht von der Idee begeistert, in der Zwischenzeit hat aber auch er damit Frieden geschlossen.

Die Bundeskulturstiftung – auch als Dach für kleinere Stiftungen gedacht – fördert sowohl national als auch international bedeutsame Vorhaben und wird durch unseren Haushalt eine Verdoppelung der Mittel, Herr Nooke, erfahren, nämlich von 12,5 Millionen Euro auf 25,565 Millionen Euro.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Bundesregierung und die rot-grüne Koalition haben hier einen Schwerpunkt gesetzt, und das trotz **Haushaltssanierung**. Das betone ich besonders, da die Maßnahmen zur Haushaltssanierung auch an diesem Haushalt nicht vorbeigehen konnten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Ein weiterer Schwerpunkt ist das **Programm „Kultur in den neuen Ländern“**. Wir konnten die Zielsetzung der Koalitionsvereinbarung zwar nicht vollständig erfüllen, aber es ist uns gelungen, 2,5 Millionen Euro mehr einzustellen, als es im Regierungsentwurf vorgesehen war. Dem Programm stehen vom Bund nun 23 Millionen Euro zur Verfügung. Mit diesen Mitteln werden überregional bedeutende Kultureinrichtungen in den neuen Ländern und mit ihnen gefördert. Das bedeutet: Es wird die Infrastruktur verbessert. An dieser Stelle kann ich deswegen schon sagen: Wir lehnen den Antrag der FDP ab.

Im Zusammenhang mit den neuen Ländern möchte ich auf einen anderen Haushalt verweisen. Ein neues kulturelles Angebot in Mecklenburg-Vorpommern wird durch den Haushalt des Ministeriums für Verkehr, Bau-, Wohnungswesen und Aufbau Ost von Manfred Stolpe finanziert, nämlich das **Ozeaneum in Stralsund**. Es wird zusammen mit dem Meereskundemuseum im Nordosten unseres Landes die dort bereits vorhandene Attraktivität steigern.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Krista
Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Aufgaben, die mit dem Kulturerbe finanziert werden, sind vielfältig. Sie reichen vom Hauptstadtkulturerbe – er wird in diesem Jahr neu verhandelt werden müssen – über die Bonn-Vereinbarung, die gerade abgeschlossen ist, die Förderung von Musik und Literatur bis zur Pflege von kulturellen Minderheiten und von Ge-

denkstätten. Bei dieser Aufzählung habe ich sicherlich noch viele Bereiche vergessen. (C)

Als Beispiele möchte ich nennen: Die Mittel für das **Stasi-Museum „Runde Ecke“ in Leipzig** wurden um 50 000 Euro auf 100 000 Euro erhöht und gesichert. In diesem Zusammenhang muss ich eine Bemerkung an Herrn Nooke richten: Sie sind doch Mitglied im Kulturausschuss. Dann müssten Sie eigentlich wissen, dass Frau Weiss eine Überarbeitung des **Gedenkstättenkonzepts** vorlegen wird. Sie werden mit unter den Ersten sein, mit denen das diskutiert werden wird.

Eine Vielzahl von Projekten erhalten 2003 erstmalig Fördermittel. Dazu zählen zum Beispiel das Roma-Theater Pralipe e. V. in Mülheim/Ruhr – Herr Kampeter war davon nicht sehr begeistert, wir dagegen finden es wichtig, dass es existiert – oder die Unterstützung deutsch-russischer Begegnungen. Außerdem erhält die Zeche Zollverein in Essen als Weltkulturerbe der UNESCO einen Zuschuss, um das Industriedenkmal vielfältig nutzbar zu machen. Die Förderung beträgt übrigens 300 000 DM.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Steffen
Kampeter [CDU/CSU]: Euro!)

– Sie haben Recht: 300 000 Euro. 300 000 DM wäre zu wenig.

Ein anderes Weltkulturerbe liegt direkt vor unserer Tür. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz leistet unter anderem den **Wiederaufbau der Museumsinsel**. Dort wird es eine der größten Baustellen in der Bundesrepublik Deutschland geben, die sicherlich über längere Zeit bestehen wird. Die Zuschüsse hierfür steigen weiterhin an. Ich kann Ihnen als Berliner Abgeordnete nur empfehlen: Nehmen Sie sich, falls Sie die Museumsinsel nicht schon kennen, eine halbe Stunde Zeit, laufen Sie hinter dem Reichstagsgebäude an der Spree entlang und überqueren Sie die Friedrichstraße. Dann kommen Sie genau auf die Museumsinsel. Dort können Sie erkennen, welch ein Schatz, welch ein Erbe der Bundesrepublik Deutschland im Augenblick mit handwerklichem Geschick gehoben wird. Christina Weiss hat formuliert, es handle sich wahrlich um eine Aufgabe von nationalem Rang. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Viele von Ihnen waren dabei, als wir in Versailles die deutsch-französische Freundschaft gefeiert haben. Diese Freundschaft spiegelt sich ebenfalls im Kulturerbe wieder. Das **Berlin-Brandenburgische Institut für deutsch-französische Zusammenarbeit in Genshagen** erhält 900 000 Euro. Das sind 750 000 Euro mehr, als im Regierungsentwurf vorgesehen. Durch Sanierung und Umbau des Schlosses Genshagen wird gemeinsam mit dem Land Brandenburg die Grundlage geschaffen, im Umfeld der Bundeshauptstadt ein deutsch-französisches Begegnungszentrum arbeitsfähig zu machen. Wichtig ist für mich – ich denke, das gilt auch für Sie –, dass mittelfristig auch Polen in die Kooperation einbezogen wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Petra-Evelyne Merkel

- (A) Eine weitere herausragende Institution im Kulturhaushalt ist die **Deutsche Welle**, die den Auftrag hat, als Stimme Deutschlands in der Welt durch unabhängigen Journalismus und pluralistische Programmgestaltung Kenntnisse über Deutschland zu verbreiten. Als Kulturträger vermittelt die Deutsche Welle im Ausland Deutschland als Kulturnation und wirbt für die deutsche Sprache. Dies ist außerordentlich wichtig, wenn man bedenkt, wie viele Menschen in autoritär und totalitär regierten Staaten leben, die ihren Bürgern das Recht auf Presse-, Informations- und Meinungsfreiheit verweigern. Die Deutsche Welle ist in diesen Ländern, insbesondere in Krisen- und Konfliktregionen, Garant für objektive, ungefilterte Information.

Die Deutsche Welle war der erste Fernsehsender, der internationale Nachrichten nach Afghanistan bringen konnte. Seit August 2002 werden in den beiden Landessprachen Dari und Paschtu täglich zehn Minuten Weltnachrichten ausgestrahlt. Das Programm wird vom Auswärtigen Amt finanziert. In diesem Jahr wird die Deutsche Welle ein neues Haus beziehen, den Schürmann-Bau.

Ich möchte jetzt von der Deutschen Welle, die für Deutschland wirbt, zu den **Internationalen Filmfestspielen in Berlin** kommen, die im Bundshaushalt verankert sind und ebenfalls für Deutschland werben. Die Filmförderung nimmt mit 10,7 Millionen Euro im kulturellen Teil und mit 4,7 Millionen Euro im wirtschaftlichen Teil einen nicht unwesentlichen Platz ein. Mit diesen insgesamt 15,4 Millionen Euro wird Unterstützung für den Film geboten.

- (B) Nach dem Umzug der Filmfestspiele an den Potsdamer Platz ist Deutschland für die internationale Filmwirtschaft wieder interessanter geworden. Auch der deutsche Film spielt wieder mit. Ich finde, der Kinoschlagler „Good bye, Lenin!“ ist zu Recht ein Erfolg. Das Gleiche gilt übrigens auch für den Leiter der Filmfestspiele, Dieter Kosslick. Er hat ein sicheres Gespür für die Auswahl der Filme und er ist eine Persönlichkeit, die den Internationalen Filmfestspielen in Berlin gut tut.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Steffen Kampeter [CDU/CSU])

– Ich danke Ihnen, Herr Kampeter.

Die internationalen und auch die nationalen Topschauspielerinnen und -schauspieler, -regisseure und -produzenten machen um Deutschland keinen Bogen mehr, sondern kommen gern hierher. Ich betone auch noch einmal: Wie politisch diese Berlinale sein kann, zeigte die beeindruckende Rede von Dustin Hoffman gegen einen möglichen Krieg im Irak. Das war kein Mittel zum Zweck.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Nooke, wenn Sie sich angeschaut hätten, was sich im Vorfeld der Oscar-Verleihung in Amerika abgespielt hat, könnten Sie das nicht behaupten.

Ich komme zum Schluss

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C)

noch einmal auf einige Anträge zurück. Herr Kampeter hat – das war, wie immer, eine Pflichterfüllung – einen Antrag gestellt, in dem es um die Erhöhung der Mittel im Bereich des kulturellen Eigenlebens fremder Volksgruppen geht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist ein guter Antrag, Frau Merkel! Den sollten Sie nicht so wegwischen!)

– Ja, genau.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Dieses „Ja, genau“ war aber sehr relativierend!)

Ich sagte Ihnen ja: Das war Ihre Pflichtaufgabe. Das tun Sie immer; auch in den Vorgesprächen haben Sie dies gesagt. Wir warten also ab. Alle zwei Jahre gibt es einen Bericht der Bundesregierung, danach wird evaluiert. Ihren Antrag werden wir ablehnen.

Den Antrag von Frau Löttsch und Frau Pau von der PDS, in dem es um die Erhöhung des Betrages für die „Stiftung für das sorbische Volk“ geht, lehnen wir ebenso ab. Auch hier weise ich darauf hin, dass wir das Finanzierungsabkommen mit unseren Mitteln mehr als erfüllen. Wir haben diesen Bereich also gut bedient und die Mittel für die „Stiftung für das sorbische Volk“ nicht abgesenkt. Insofern wird auch dieser Antrag von uns nicht akzeptiert.

Der Gesamtetat der Beauftragten für Kultur und Medien beträgt 883 Millionen Euro. Es war mein Anliegen, Ihnen aufzuzeigen, wie viele Anstöße und Initiativen und wie viel Bewegung mit diesem Etat ausgelöst werden. Herr Kampeter und Herr Rexrodt, vielleicht erreichen wir es ja, dass sich auch die CDU/CSU und die FDP bewegen und diesem Kapitel zustimmen.

(D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Das wäre mal schön!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Merkel, ich gratuliere Ihnen zu Ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor der namentlichen Abstimmung hören wir noch eine Rede. Der Kollege Jens Spahn von der CDU/CSU-Fraktion wird das Wort erhalten. Auch er hält seine erste Rede im Deutschen Bundestag. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jens Spahn (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der letzten Woche haben wir die 36. Regierungserklärung des deutschen Bundeskanzlers gehört. Heute beraten wir über den Bundshaushalt 2003, der uns spätestens jetzt